

Eurokrise, Energiewende, Konjunkturabkühlung: Ende des deutschen Jobwunders?

3

Welche Determinanten sind für das »deutsche Jobwunder« verantwortlich? Wie werden sich die abkühlende Konjunktur, die anhaltende Staatsschuldenkrise in der Eurozone und die Energiewende auf den deutschen Arbeitsmarkt auswirken?

Deutschland zwischen Jobwunder, Energiewende, Staatsschuldenkrise und zunehmenden Konjunkturrisiken

Die deutsche Wirtschaft hat sich äußerst erfolgreich aus der größten wirtschaftlichen Krise der Nachkriegszeit herausgearbeitet. Das Ausland spricht von einem deutschen Jobwunder. In der Tat haben die Unternehmen in Deutschland in den letzten beiden Jahren über eine Million neue, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Die Erwerbstätigkeit liegt mit mehr als 41 Millionen auf Rekordniveau, die Arbeitslosenzahl ist in Deutschland heute so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr.

Hinter diesem Erfolg steckt harte Arbeit. Dank des verantwortlichen Handelns der Tarifpartner, produktivitätsorientierten und differenzierten Lohnabschlüssen über einen längeren Zeitraum, der Nutzung von Arbeitszeitkonten sowie richtigen politischen Entscheidungen etwa beim Kurzarbeitergeld haben die Unternehmen in der Krise in höchstmöglichem Umfang Beschäftigung gesichert. Trotz eines massiven Wirtschaftseinbruchs stieg die Arbeitslosigkeit im selben Zeitraum nur leicht an.

Erfolg der Tarifpartnerschaft

Dies zeigt, dass die Tarifautonomie in Deutschland selbst unter extremen Bedingungen gut und zuverlässig funktioniert. Die Tarif- und Betriebspartnerschaft ist und bleibt eine wesentliche Grundlage für den Erfolg der deutschen Wirtschaft. Die produktivitätsorientierte, flexibilisierte und differenzierte Tarifpolitik der vergangenen Jahre hat die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in unserem Land entscheidend verbessert.

Grundlage der Tarifpartnerschaft war mehr als 50 Jahre lang die Tarifeinheit – bis diese vor 19 Monaten vom Bundesarbeitsgericht wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen aufgegeben wurde. Seitdem haben sich schneller als befürchtet erste Gefahren und Schäden eingestellt. Neufundierte Sparten-Gewerkschaften kämpfen trotz bestehender Tarifverträge und zulasten der Gesamtbelegschaft für ihre Klientel und können damit den gesamten Betriebsablauf lahmlegen. Es gab bereits erste tarifeinheitswidrige Streiks. Trotz gegenteiliger Ankündigungen und Zusagen hat die Bundesregierung bisher nichts unternommen, um die Tarifeinheit endlich gesetzlich zu regeln. Hier besteht akuter Handlungsbedarf.



Dieter Hundt*

Von der Politik überrascht – die Energiewende und ihre Folgen

In krassm Gegensatz zum zögerlichen Verhalten der Bundesregierung bei der Tarifeinheit steht die überstürzte und überraschende Entscheidung für eine Energiewende. Derzeit ist unklar, wie in Zukunft eine sichere, bezahlbare und klimaverträgliche Energieversorgung gewährleistet werden soll. Das Thema ist für unser Industrieland von erstrangiger Bedeutung. Die Kernenergie zu ersetzen wird Deutschland noch einiges an Kopfzerbrechen bereiten. Bereits heute sind die Energiekosten in Deutschland sehr hoch und belasten unsere Wirtschaft im internationalen Wettbewerb. Weitere Kostensteigerungen würden Deutschland als Investitionsstandort schädigen. Zudem war es ein Fehler, die Energiewende im nationalen Alleingang zu betreiben. Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit, Effizienz und Sozialverträglichkeit werden bei der Stromversorgung nur im europäischen Rahmen zu erreichen sein.

* Dr. Dieter Hundt ist Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Die Staatsschuldenkrise

Überbordende Staatsverschuldung und instabile Finanzmärkte beeinflussen das konjunkturelle Geschehen auf der ganzen Welt. Die Europäische Union steckt in der schwersten Wirtschaftskrise seit ihrem Bestehen. Die Lage der Weltwirtschaft ist fragil, und die Weltkonjunktur schwächt sich ab.

Für die Wirtschaft hätte ein Auseinanderbrechen der Europäischen Währungsunion gravierende Folgen: Das gilt für die Beziehung zwischen Kunden und Lieferanten sowie für die Auswirkungen auf die Finanzierungsmöglichkeiten bis hin zu Folgen für diejenigen Länder, die nicht mehr in der Gemeinschaftswährung wären. Dies alles würde Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Deutschland erheblich belasten. Unsere Wirtschaft trägt mit ihren Exportgütern – vor allem im Investitionsgüterbereich – in besonderem Maße zum Wohlstand in anderen Eurostaaten bei. Gerade als Exportnation sind wir von stabilen rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig.

Ursachen liegen nicht an den Finanzmärkten, sondern bei den Staaten

Die Sorgen über die weitere Entwicklung Europas sind durchaus berechtigt. Wir müssen dabei beachten, dass die europäische Staatsschuldenkrise nicht primär aus einem Versagen der Finanzmärkte oder im Speziellen der Finanzinstitute resultiert. Die Schuldenkrise ist vielmehr vor allem die Folge krassen Staatsversagens. Die Krise ist auch nicht überraschend über uns gekommen: Viele EU-Mitgliedstaaten haben jahrelang ihre Haushaltspolitik schleifen lassen und ohne größere Hemmungen neue Schulden gemacht. Dazu gehören auch Deutschland und Frankreich, die beide frühzeitig das Defizitkriterium des Maastrichter Vertrages verletzt haben.

Die Europäische Währungsunion leidet bis heute auch unter ihren Konstruktionsfehlern: Länder, die eine gemeinsame Währung haben, müssen solide Staatsfinanzen sicherstellen und akzeptieren, dass Verstöße wirksam sanktioniert werden.

Rettung der Eurozone

Als Deutsche und Europäer müssen wir jetzt gemeinsam dafür sorgen, dass Europa nicht auseinanderbricht. Was wir für die Zukunft brauchen, ist nicht weniger, sondern mehr Europa. Wir benötigen vor allem eine vertiefte Integration der Europäischen Union, insbesondere der Eurozone. Der Weg dahin ist ohne Zweifel steinig und langwierig. Alle betroffenen Staaten müssen ihr hohes Schuldenniveau abbauen.

Entscheidend ist in der aktuellen Situation eine verlässliche und verbindliche Perspektive für solide Staatsfinanzen. Erst dann ist das Vertrauen an den Finanzmärkten zurückzugewinnen. Darüber hinaus müssen die Mitgliedstaaten im Bereich der öffentlichen Finanzen auch nationale Souveränität abgeben.

Notwendig sind konkrete Vereinbarungen, um die ausgefertigten Staatsschulden rückzuführen und der fortgesetzten Disziplinlosigkeit in der Haushaltspolitik einen Riegel vorzuschieben. Angesprochen sind diesbezüglich insbesondere die zwölf Eurostaaten, deren Staatsverschuldung oberhalb der Obergrenze von 60% ihres Bruttoinlandsprodukts liegt.

Die Beschlüsse des EU-Gipfels von Anfang Dezember 2011 sind richtig, weil sie einen Weg aufzeigen, wie die Konstruktionsfehler der Europäischen Währungsunion korrigiert werden können. Die Staats- und Regierungschefs der EU bzw. der Eurozone haben ein strengeres Finanzregime, automatische Verfahrensregeln, Sanktionsmechanismen und die Einführung von Schuldenbremsen in allen Eurostaaten vereinbart. Dabei wurde ausdrücklich die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) respektiert. Ein Fehler wäre es gewesen, den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM mit einer Banklizenz auszustatten, weil dies die Unabhängigkeit der EZB unterminiert und die Geldwertstabilität in Europa stark belastet hätte.

Kurs halten für Wachstum und Beschäftigung

Trotz aller bestehenden Unsicherheiten und großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, dürfen wir nicht in Pessimismus verfallen. Eine Rezession kann auch herbeigerebet werden – und daran sollte sich niemand in unserem Land beteiligen. Die Bewältigung der anstehenden Aufgaben wird nicht leichter, wenn bewusst negative Zerrbilder erzeugt werden und leichtfertig der wirtschaftliche Absturz an die Wand gemalt wird.

Insgesamt ist die deutsche Realwirtschaft in einer anhaltend sehr guten Verfassung. Die meisten Unternehmen in Deutschland sind gut aufgestellt, sie haben ihre Hausaufgaben erledigt und aus Fehlern gelernt. Deutschland hat die Kraft, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Wir müssen alles unternehmen, um Europa zusammenzuhalten, die öffentlichen Haushalte zu sanieren, Wohlstand und soziale Sicherung nicht länger auf Pump zu versprechen, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und technologische Spitzenleistungen auszubauen.



Frank-Jürgen Weise*

Eine ganz normale Entwicklung

Es muss eine besondere Faszination darin liegen, jede gute Entwicklung zu relativieren und Negativszenarien herbeizureden. Die Lust der Deutschen an der bald kommenden Katastrophe scheint ungebrochen. Daher muss man die Eingangsfrage eigentlich kurz und knapp beantworten: Es wird nach allen heute vorliegenden Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung auch 2012 noch eine positive Entwicklung am Arbeitsmarkt geben. Zwar nimmt die Dynamik ab, aber es gibt gute Gründe für die Annahme, dass die Arbeitslosenzahl in diesem Jahr unter der Marke von 3 Millionen bleibt.

Will man dennoch etwas tiefer in die Thematik einsteigen, muss man zunächst klären: Was war oder ist denn eigentlich das deutsche Jobwunder? Der Begriff bezeichnet eine völlig unerwartete Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt in der Wirtschaftskrise von 2008 und 2009. Obwohl Deutschland in Europa mit am stärksten von der Rezession betroffen war und einen Einbruch von 5% des BIP hinnehmen musste, stieg die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt des Jahres 2009 nur moderat um 155 000. Verschiedene Forschungsinstitute hatten einen weit höheren Anstieg prognostiziert, teilweise um eine Million oder sogar noch mehr. Aber der Arbeitsmarkt blieb von der Krise seltsam unbeeindruckt.

Was war geschehen?

Rückblickend betrachtet wird klar, dass es eine einmalige Leistung der Gesellschaft war, die diese Entwicklung möglich gemacht hat. Das gemeinsame Ziel aller Beteiligten war es, Entlassungen zu vermeiden und für den Fall des Wiederanspringens der Konjunktur schnell wieder leis-

tungs- und konkurrenzfähig zu sein. Dafür haben Arbeitnehmer und Arbeitgeber alle Möglichkeiten der Flexibilität genutzt: Sie haben Arbeitszeitkonten abgebaut, Kurzarbeit eingeführt, Werksferien verlängert, Stückzahlen heruntergefahren. Die Arbeitnehmer haben dabei Lohnkürzungen hingenommen, die Unternehmen auf Gewinne verzichtet. Begleitet wurden all diese Maßnahmen durch gute politische Rahmenbedingungen – etwa zur Kurzarbeit – und milliardenschwere Konjunkturpakete, außerdem durch kluges Verhalten der Tarifpartner. Schließlich konnte auch die Bundesagentur für Arbeit einen Teil beitragen, indem sie ihre Rücklage von 18 Mrd. Euro gegen die Krise eingesetzt hat. Allein für Kurzarbeit waren das von 2008 bis 2010 fast 10 Mrd. Euro.

Ob sich im Falle eines erneuten unerwarteten Wirtschaftseinbruchs ein solches Erfolgsmodell wiederholen ließe, ist unsicher. Die BA verfügt heute über keine finanzielle Rücklage mehr, die Finanzen des Bundes erlauben vermutlich keine weiteren Konjunkturpakete, die Arbeitszeitkonten in den Unternehmen sind noch nicht wieder in dem Maße aufgefüllt wie vor der Krise. Zwar könnte man auf das bewährte Instrument der Kurzarbeit zurückgreifen, wir wissen heute aber, dass die Kurzarbeit nur etwa ein Drittel zur moderaten Entwicklung am Arbeitsmarkt während der vergangenen Krise beigetragen hat. Was allerdings Mut macht, ist die Tatsache, dass sich die Einstellung bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern geändert hat. Beide Seiten sind heute bereit, Einbußen hinzunehmen, um Beschäftigung zu halten.

Inzwischen wird das Wort vom »Jobwunder« inflationär gebraucht und nun auch im Zusammenhang mit der positiven Entwicklung im Aufschwung ab 2010 genannt. Das ist aus medialer Sicht verständlich – denn es scheint eine ununterbrochene gute Entwicklung seit 2006 zu geben –, wird der Sache aber nicht gerecht. Denn es ist keineswegs ein Wunder, dass im Aufschwung Arbeitsplätze und Beschäftigung entstehen und Arbeitslosigkeit sinkt, zumal die Demographie verstärkend wirkt.

Wenn wir also auf die kommende Entwicklung sehen, sollten wir uns davor hüten, vom Ende eines Wunders zu sprechen. Wenn jetzt die Konjunktur und damit die Dynamik am Arbeitsmarkt nachlässt, dann sind kleinere Schritte vor allem eines: normal. Zu einer solchen normalen Entwicklung gehört auch, dass bestimmte Branchen in schweres Fahrwasser kommen. Sicher leiden Energieunternehmen unter dem kurzfristigen Ende der Kernkraft in Deutschland, aber es trifft auch andere: Druckmaschinenhersteller haben es in Zeiten der Online-Medien schwer, die Solarindustrie leidet unter der Konkurrenz aus China, Teile des Einzelhandels kämpfen in einem übersättigten Markt mit Mini-Margen.

* Frank-Jürgen Weise ist Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

Viel wichtiger als der kurzfristige Blick auf statistische Zahlen ist daher die mittel- und langfristige Sicht auf die Entwicklung. Und hier wird klar, dass Massenarbeitslosigkeit in Deutschland schon 2020 kein vorrangiges Thema mehr sein wird. Vielmehr werden wir uns damit befassen müssen, wie wir die zunehmenden Engpässe bei Fachkräften abfangen und welche Angebote wir zugleich den gering qualifizierten Menschen machen können, für die es in einer immer komplexer werdenden Arbeitswelt kaum oder keine Nachfrage gibt.



Hagen Lesch*

Die Arbeitsmarktentwicklung im Spannungsfeld von Schocks und Demographie

Nach dem schärfsten Wirtschaftseinbruch der Nachkriegs-epoche ist die deutsche Volkswirtschaft im Laufe der letzten beiden Jahre so stark gewachsen, dass das Vorkrisen-niveau inzwischen wieder überschritten ist. Das Jahr 2012 beginnt in einer Phase wachsender Unsicherheit. Die Weltkonjunktur flaut ab, und die Euro- und Finanzkrise bergen immer noch gewaltige Risiken. Die Wachstumsprognosen wurden in den letzten Wochen regelmäßig nach unten korrigiert. Gleichwohl ist die Stimmung in der deutschen Wirtschaft nicht schlecht. In der im Dezember 2011 veröffentlichten Verbandsumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln überwiegt beim Blick auf das Jahr 2012 die Zuversicht. In der Umfrage gaben 26 von 46 Verbänden an, dass ihre Mitgliedsunternehmen für das kommende Jahr von etwas höheren Umsätzen oder einer höheren Produktion als 2011 ausgehen. Auch bei der Beschäftigung stehen die Zeichen auf Stabilität (vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2012).

Um beurteilen zu können, wie sich die abkühlende Konjunktur, die anhaltende Staatsschuldenkrise in der Eurozone und die Energiewende auf den deutschen Arbeitsmarkt auswirken, muss erst einmal definiert werden, worin das deutsche Jobwunder überhaupt besteht und welche Determinanten dafür verantwortlich waren. In einem zweiten Schritt ist zu diskutieren, ob die veränderten Rahmenbedingungen diese Treiber beeinflussen.

Das deutsche Jobwunder

Paul Krugman (2009) beschrieb »Germany's jobs miracle« als die Geschichte zweier Länder, die beide unter einer schweren Rezession litten. Während in Land A (USA) auf die

* Dr. Hagen Lesch ist Leiter des Kompetenzfelds Strukturwandel, Verteilung, Lohnfindung im Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Rezession eine schwere Arbeitsmarktkrise folgte – die Beschäftigung sank um 5% – erwies sich der Arbeitsmarkt in Land B (Deutschland) als erstaunlich robust. Dort stieg die Arbeitslosigkeit nur leicht an. Tatsächlich brachte das Jahr 2009 für Deutschland den schärfsten Einbruch in der Nachkriegszeit. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte real um 5,1%, relativ zum Trendwachstum sogar um 6,7%. Gemäß den Erfahrungen aus der Vergangenheit wäre eine zyklische Beschäftigungsreaktion in einer vergleichbaren Größenordnung zu erwarten gewesen, was einem Beschäftigungsrückgang von 1,7 Mill. Personen entsprochen hätte. Tatsächlich schrumpfte die Erwerbstätigenzahl aber nur um 240 000. Durch das Horten von Arbeitskräften wurden demnach fast 1,5 Mill. Arbeitsplätze gesichert (vgl. Möller 2010b, 334). Möglich wurde dies durch flexible Arbeitszeiten, Kurzarbeit und Qualifizierungsmaßnahmen.

Zum deutschen Jobwunder gehört aber auch der rasante Beschäftigungsaufbau in den Jahren vor und nach der Krise (vgl. Sachverständigenrat 2011, 276). Seit 2005 ist die Zahl der Erwerbstätigen um gut 2 Millionen auf über 41 Millionen gestiegen. Im Jahr 2005 gab es noch 4,8 Mill. Arbeitslose. Am Ende des Aufschwungs der Jahre 2006 bis 2008 waren es nur 3,3 Millionen. Die Krise hat diesen Trend nur kurz unterbrochen. Im Jahresdurchschnitt 2011 wurde die 3-Millionen-Grenze knapp unterschritten. Erstmals seit den 1970er Jahren wurde die Hysterese auf dem Arbeitsmarkt gebrochen (vgl. Abb. 1): Die Arbeitslosigkeit stieg von 2002 bis 2005 deutlich an, ging zwischen 2006 und 2008 aber unter ihr Ausgangsniveau von 2002 zurück. Die gleiche Entwicklung zeigt sich nach der großen Rezession des Jahres 2009. Zur guten Arbeitsmarktentwicklung gehört schließlich der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit. Bis Ende 2009 hatte sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen gegenüber dem vierten Quartal 2004 um 800 000 verringert und damit fast halbiert (vgl. Klinger und Rothe 2010, 532). Die Krise hat nur zu einem

leichten Anstieg geführt, der sich inzwischen wieder zurückbildet.

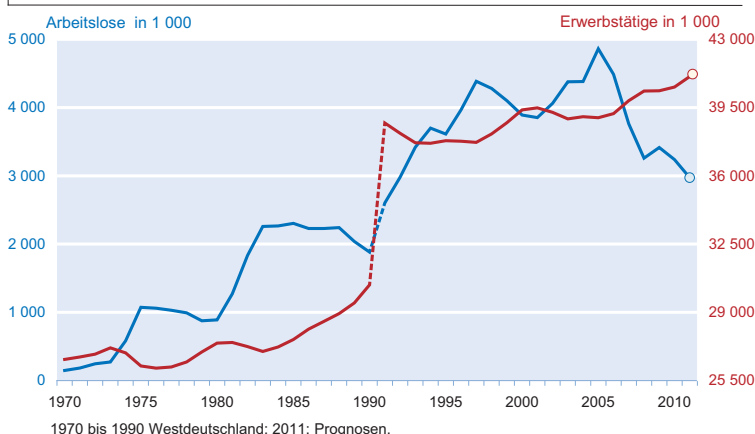
Ursachen des deutschen Jobwunders

Die gute Arbeitsmarktentwicklung lässt sich im Wesentlichen auf drei Einflüsse zurückführen (vgl. Möller 2010b; Burda und Hunt 2011): auf das Horten von Arbeitskräften während der Krise, auf eine moderate Lohnpolitik und auf die Arbeitsmarktreformen der Jahre 2003 bis 2005. Die Bereitschaft zum Horten von Arbeitskräften während der Krise war vor allem deshalb vorhanden, weil viele Unternehmen in den Jahren 2005/2006 umstrukturiert und sich verschlankt haben und von einer temporären Krise ausgingen (vgl. Burda und Hunt 2011, 2). Um auch bei anziehender Nachfrage über genügend Fachkräfte zu verfügen, wurden alle Möglichkeiten genutzt, nicht Beschäftigte, sondern Stunden zu entlassen. Dies geschah über den Abbau von Arbeitszeitguthaben, über die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf der Basis von Beschäftigungssicherungs-Tarifverträgen, über den Abbau von Überstunden und durch eine massive Nutzung von Kurzarbeit, deren Bezugsdauer verlängert und deren Remanenzkosten gesenkt wurden (vgl. Bach und Spitznagel 2009).

Zum positiven Beschäftigungstrend seit 2006 hat aber auch die moderate Lohnpolitik beigetragen (vgl. Sachverständigenrat 2011, 278). Seit Mitte der 1990er Jahre hat Deutschland seine Lohnstückkostenposition deutlich verbessert und den starken Anstieg in der ersten Hälfte der 1990er Jahre wieder korrigiert (vgl. Schröder 2011). Dies hat die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft gestärkt und dazu beigetragen, dass der Industriebeschäftigtenanteil in Deutschland vergleichsweise hoch ist. Er liegt (auf Basis der Erwerbstätigenerhebung) mit 33% ein Viertel höher als in Frankreich und fast doppelt so hoch wie im Vereinigten Königreich. Diese Entwicklung trug auch zur Dynamisierung der Lohnentwicklung bei. Zwischen 2000 und 2010 stiegen die Bruttoverdienste im produzierenden Gewerbe (ohne Bau) um 25%, im Dienstleistungssektor (einschließlich Bau und Landwirtschaft) nur um gut 14%. Die Exportstärke hat demnach gut bezahlte Arbeitsplätze gesichert und die private Konsumnachfrage stabilisiert.

Im Zuge der Arbeitsmarktreformen wurde das Arbeitslosengeld II eingeführt und die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I verkürzt. Dies senkte den Reservationslohn. Von den Arbeitslosen wurden eine intensivere Arbeitsplatzsuche und eine höhere Konzessionsbereitschaft bei der Annahme von Arbeitsplatzangeboten gefordert, die Arbeitsvermittlung wurde reformiert und die Zeitarbeit liberali-

Abb. 1
Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland 1970 bis 2011



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Sachverständigenrat (2011).

siert (vgl. Zimmermann 2005). Nachdem die Reformen umgesetzt waren, kam es zu einem starken Beschäftigungsaufbau. Offenbar hat sich die Beschäftigungsintensität des Wachstums in Deutschland erhöht, weil sich die Funktionsweise des Arbeitsmarktes verbessert hat (vgl. Möller 2010a, 327; Burda und Hunt 2011, 23).

Die Auswirkungen von Schocks

Der Aufschwung auf dem deutschen Arbeitsmarkt nährte sich natürlich auch aus einer starken weltwirtschaftlichen Dynamik. Seit dem Sommer 2011 haben sich die Aussichten für die Weltwirtschaft verschlechtert (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2011). Für Deutschland wird nur noch ein Wachstum von 0,5 bis 0,9% erwartet. Dies wird die Dynamik des deutschen Arbeitsmarktes dämpfen, aber nach derzeitiger Prognose keinen Beschäftigungseinbruch nach sich ziehen. Die Staatsschuldenkrise in der Eurozone und die atomare Katastrophe von Fukushima wirken wie exogene Schocks, die sich nicht nur negativ auf die Konjunktur auswirken, sondern wirtschaftspolitische Anpassungsreaktionen auslösen, deren Auswirkungen teilweise erst mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung spürbar werden.

Die Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011 hat die Bundesregierung dazu veranlasst, vorzeitig aus der Kernenergie auszusteigen. Acht Kernkraftwerke sind dauerhaft stillgelegt worden, die übrigen neun sollen bis 2022 abgeschaltet werden. Infolge der Abschaltung mussten kurzfristig rund 5% des Stroms auf andere Weise erzeugt werden. Deutschland wurde vom Stromexporteur zum Stromimporteur. Langfristig ist der Substitutionsbedarf um einiges höher, da die Kernenergie im Jahr 2010 über 22% zur deutschen Stromversorgung beitrug. Da die verschiedenen Energieträger mit unterschiedlichen Stromerzeugungskosten einhergehen, ist der beschleunigte Atomausstieg mit erheblichen Kosten verbunden. Wie hoch diese Kosten ausfallen, hängt davon ab, durch welche Energieträger Kernenergie ersetzt wird und ob der Bedarf aus bestehenden oder neu zu bauenden Kraftwerken gedeckt wird. Je nach Annahme ist mit 47,9 bis 62,5 Mrd. Euro zu rechnen (vgl. Bardt 2011, 92).

Eine Befragung von 192 Umweltexperten der Wirtschaft im Rahmen des IW-Umweltexpertenpanels vom April 2011 über die Folgen einer Laufzeitverkürzung ergab, dass 88% höhere Strompreise und 77% höhere Preise für Kohlendioxid-Zertifikate erwarten (vgl. Bardt 2011, 93). Die Risiken der Laufzeitverkürzung werden insgesamt höher eingeschätzt als deren Chancen, die vor allem im besseren Absatz von Technologien zur Energieerzeugung oder in vermehrter öffentlicher Energieforschung liegen. Entsprechend gehen 43,8% von einer Verschlechterung der Wettbewerbsfähig-

keit der deutschen Wirtschaft aus, während nur 17,2% eine Verbesserung erwarten. Der Sachverständigenrat (2011, 226) erwartet für einen Übergangszeitraum einen leichten Rückgang des Produktionspotenzials (0,1 bis 0,6%).

Die Eurokrise ist im Kern eine Staatsschuldenkrise, die nicht nur das Ergebnis einer unsoliden Finanzpolitik ist, sondern auch eine Folge der Finanzkrise. Ihre Bewältigung belastete vor allem die öffentlichen Haushalte (vgl. Neubäumer 2011). Die drohende Insolvenz von EU-Mitgliedstaaten hat zu einer ganzen Reihe geld- und finanzpolitischer Maßnahmen geführt. Im Dezember 2011 vereinbarten die EU-Staats- und Regierungschefs nationale Schuldenbremsen und strengere Regeln gegen Defizitsünder. Außerdem soll der Europäische Stabilitätsmechanismus schon Mitte 2012 eingeführt werden. Das sind wichtige Weichenstellungen, um das Schuldenproblem zu lösen, die Eurozone zu stabilisieren und wieder mehr Vertrauen auf den Finanzmärkten zu schaffen.

Offen ist aber, ob die indirekte Monetisierung von Staatsschulden mittelfristig die Inflationserwartungen und dadurch induziert auch die Lohnabschlüsse in die Höhe treibt und wie sich die Solidarhaftung (in Form zwischenstaatlicher Rettungssysteme) innerhalb der Eurozone auf die Bonität Deutschlands auswirkt. Zwischen Anfang 2010 und November 2011 sind bereits Staatspapiere von Krisenländern im Wert von über 200 Mrd. Euro durch die nationalen Zentralbanken aufgekauft worden (vgl. Bogenberger Erklärung 2011, 6). Auch wenn die Effekte auf die Geldmenge nach Angaben der Europäischen Zentralbank sterilisiert wurden, kann die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik Schaden nehmen, wenn die monetäre Staatsfinanzierung anhält. Bilden sich Inflationserwartungen, müsste durch eine restriktive Geldpolitik gegengesteuert werden. Eine Ausweitung der Beistandsmechanismen kann sich negativ auf das deutsche Rating auswirken und die Zinsen erhöhen. Beides würde das Wirtschaftswachstum dämpfen. Aktuell profitiert der deutsche Fiskus von der Schuldenkrise in der Eurozone, da er niedrigere Zinsen für seine Schulden bezahlen muss. Dieser Spielraum sollte genutzt werden, um die Defizite schneller zurückzuführen. So kann ein positiver Effekt für das Wachstumstempo erzielt werden.

Der Arbeitsmarkt zwischen wirtschaftlichen Risiken und demographischem Wandel

Schwaches Wachstum, höhere Energiekosten, steigende Zinsen oder zunehmende Inflationsängste wirken sich über unterschiedliche Transmissionsmechanismen auf die Arbeitsmarktentwicklung aus. Hohe Zinsen belasten nicht nur die öffentlichen Haushalte, sondern auch das Investitionsklima, eine verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit infolge gestiegener Energiekosten kostet Wachstum und Inflations-

ängste können den Verteilungskonflikt zwischen den Tarifparteien schüren. Durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen sollten sich diese Risiken aber minimieren lassen, so dass die Treiber des Jobwunders auch künftig positiv wirken können. Eine Analyse von Megatrends der globalen Strukturentwicklung zeigt zudem, dass Deutschland von der Globalisierung profitiert hat und auch in Zukunft weiter davon profitieren kann (vgl. Grömling und Haas 2009, 76). Die Fokussierung auf technologisch anspruchsvolle Investitionsgüter, die Fähigkeit, industrielle Produkte und industriennahe Servicekomponenten zu maßgeschneiderten Leistungsangeboten zu kombinieren und die Konzentration auf höherwertige Glieder der Wertschöpfungskette bieten der deutschen Volkswirtschaft beste Wachstumsperspektiven.

Auf lange Sicht wird die Arbeitsmarktentwicklung vor allem durch demographische Faktoren beeinflusst. In vielen Segmenten ist das Überschussangebot an Arbeit schon jetzt einer Überschussnachfrage gewichen. Die Lohnspreizung hat zugenommen und wird knappheitsbedingt weiter zunehmen. Dies ist notwendig, weil die Lohnstruktur Anreize setzt, bestehende Knappheit abzubauen. Ein sich verstärkender Arbeitskräftemangel dämpft die Wachstumschancen. Um ein ausreichendes Arbeitskräftepotenzial vorzuhalten, sind daher eine gezielte Zuwanderungspolitik und Maßnahmen notwendig, die zu einer höheren Erwerbsbeteiligung führen – insbesondere von gut ausgebildeten Frauen und Älteren. Gefordert ist aber auch die Bildungspolitik. Hier stellt sich die Aufgabe, die Zahl von Arbeitsanbietern ohne Qualifikation zu senken und die Zahl von Anbietern mit hoher Qualifikation insbesondere in den sog. MINT-Fächern zu steigern (vgl. Hüther 2011). Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre, wenn es gelänge, den Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss zu reduzieren und den Anteil qualifizierter Fachkräfte zu steigern. Unternehmen, Verbände und Tarifpartner gehen das Problem bereits mit Förderprogrammen für leistungsschwächere Jugendliche an.

Literatur

- Bach, H.U. und E. Spitznagel (2009), »Kurzarbeit. Betriebe zahlen mit – und haben was davon«, *IAB-Kurzbericht* 17.
- Bardt, H. (2011), »Wirtschaftliche Folgen eines beschleunigten Kernenergieausstiegs in Deutschland«, *IW-Trends* 38(2), 85–96.
- Bogenberger Erklärung (2011), »Sechzehn Thesen zur Situation der Europäischen Währungsunion«, *ifo Schnelldienst* 64(23), 3–11.
- Burda, M.C. und J. Hunt (2011), »What Explains the German Labor Market Miracle in the Great Recession?«, IZA-Discussion Paper No. 5800.
- Grömling, M. und H. J. Haß (2009), »Globale Megatrends und Perspektiven der deutschen Industrie«, *IW-Analysen* 47, Institut der deutschen Wirtschaft Köln.
- Hüther, M. (2011), »Das Arbeitskräftepotenzial reicht nicht aus«, *Börsen-Zeitung*, 10. August, 7.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2012), »Stabile Verhältnisse«, *Informationsdienst* (1), 6–7.
- Klinger, S. und T. Rothe (2010), »Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit in Aufschwung und Krise«, *Wirtschaftsdienst* 90(9), 632–635.
- Krugman, P. (2009), »Free to Lose«, *The New York Times*, 13. November, online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2009/11/13/opinion/13krugman.html>.
- Möller, J. (2010a), »Die deutschen Arbeitsmarktreformen: Nicht perfekt, aber unter dem Strich positiv«, *WSI-Mitteilungen* 63(6), 324–327.
- Möller, J. (2010b), »The German labor market response in the world recession – de-mystifying a miracle«, *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 42(4), 325–336.
- Neubäumer, R. (2011), »Eurokrise: Keine Staatsschuldenkrise, sondern Folge der Finanzkrise«, *Wirtschaftsdienst* 91(12), 827–833.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2011), »Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2011: Europäische Schuldenkrise belastet deutsche Konjunktur«, *ifo Schnelldienst* 64(20).
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2011), *Verantwortung für Europa wahrnehmen, Jahresgutachten 2011/12*, Wiesbaden.
- Schröder, C. (2011), »Produktivität und Lohnstückkosten der Industrie im internationalen Vergleich«, *IW-Trends* 38(4), im Erscheinen.
- Zimmermann, K.F. (2005), »Eine Zeitenwende am Arbeitsmarkt«, *Aus Politik und Zeitgeschichte* (16), 3–5.



Wolfgang Lechthaler*



Christian Merkl**

Die Eurokrise und Konjunkturabkühlung: Ende des deutschen Jobwunders?

Der deutsche Arbeitsmarkt ist trotz eines massiven Einbruchs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von rund 5% im Jahr 2009 sehr robust durch die »große Rezession« gekommen. Die Arbeitslosigkeit stieg nur sehr kurz an und setzte danach ihren Abwärtstrend fort. Der vorliegende Beitrag diskutiert die Ursachen des sogenannten deutschen Arbeitsmarktwunders und die Frage, ob der deutsche Arbeitsmarkt ähnlich robust durch die aktuelle Eurokrise kommen kann.

Deutschland wird oft vorgeworfen, durch die stetige Verbesserung der Lohnstückkosten Nachfrage aus dem Ausland abgezogen und damit eine Art »Beggar My Neighbor«-Politik betrieben zu haben, also eine Stimulierung des Arbeitsmarktes auf Kosten des Auslandes.¹ In den kommenden Jahren ist jedoch damit zu rechnen, dass die südeuropäischen Länder nunmehr erstens ihre Lohnstückkostensituation verbessern, um die verlorene Wettbewerbsfähigkeit zumindest teilweise wieder wettzumachen. Zweitens ist eine Rückführung der Schuldenstandsquoten zu erwarten. Damit stellt sich die Frage, ob dadurch innerhalb der Währungsunion starke negative Rückwirkungen für Deutschland resultieren.

Unser Beitrag argumentiert, dass die negativen Effekte auf Deutschland gering sein werden. Eine Verbesserung der Lohnstückkosten hat in einem Nachbarland nicht notwendigerweise eine negative Rückwirkung auf das heimische BIP. Zwar kann es durch eine Haushaltskonsolidierung zu negativen Auswirkungen kommen. Aber es sind noch viele

Voraussetzungen vorhanden, die zum deutschen Jobwunder führten. Folglich sind bei einem erfolgreichen Anpassungsszenario innerhalb der Währungsunion keine größeren Verwerfungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu erwarten. Dagegen ist bei Alternativszenarien, wie bei dem Aufbruch der Währungsunion, mit größeren negativen Effekten zu rechnen (durch unkontrollierte Kapitalbewegungen, starken Aufwertungsdruck, Kreditklemme, Pleitewelle im privaten Sektor oder großen juristischen Schwierigkeiten bei grenzüberschreitenden Transaktionen), die allerdings über unseren Beitrag hinausgehen.

Unser Beitrag analysiert im ersten Abschnitt die Ursachen des deutschen Jobwunders. Im zweiten Abschnitt diskutieren wir verschiedene Szenarien zur Lösung der Probleme innerhalb der Währungsunion. Der dritte Abschnitt zeigt, welche Folgen eine Senkung der Lohnstückkosten und eine Haushaltskonsolidierung auf das deutsche BIP hätten. Und im vierten Abschnitt diskutieren wir, wie der deutsche Arbeitsmarkt diese absorbieren kann. Der fünfte Abschnitt fasst zusammen.

Die Ursachen des deutschen Jobwunders

In der aktuellen Literatur werden drei Hauptgründe für das deutsche Jobwunder in der Rezession der Jahre 2008/09 vorgebracht, nämlich die große interne Flexibilität, die deutsche Lohnmoderation und falsche Erwartungen im vorhergegangenen Aufschwung.

Unter interner Flexibilität werden die Existenz von Arbeitszeitkonten und die Nutzung von Kurzarbeit verstanden (vgl. z.B. Möller 2010). Diese Instrumente erlaubten Unternehmen, den Konjunkturreinbruch über eine Arbeitszeitanpassung durchzuführen und von Entlassungen im großen Stil abzusehen. Es ist allerdings zu betonen, dass es in der Literatur noch keine abschließende Bewertung zur stabilisierenden Rolle der Kurzarbeit in der großen Rezession gibt (vgl. z.B. Balleer et al. 2011; Boeri und Brücker 2011 für jüngere Beiträge).

Deutschland hatte vor der großen Rezession über mehrere Jahre sinkende Lohnstückkosten aufzuweisen (d.h. die Produktivität stieg stärker als die Lohnkosten, z.B. verursacht durch die hohe Arbeitslosigkeit und die Hartz-Reformen). Boysen-Hogrefe et al. (2010) argumentieren anhand eines makroökonomischen Modells, dass dies zu einer mittelfristigen Anpassung hin zu mehr Beschäftigung führt. Dieser Beschäftigungsaufbau wurde durch die große Rezession unterbrochen und folglich führte diese nur zu einem moderaten Anstieg der Arbeitslosigkeit.² Es ist zu

* Wolfgang Lechthaler, Ph.D., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kieler Institut für Weltwirtschaft und leitet dort die Forschungsgruppe »Geldpolitik in unvollkommenen Märkten«.

** Prof. Dr. Christian Merkl ist Professor für Makroökonomik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Forschungsprofessor am Kieler Institut für Weltwirtschaft.

¹ Siehe zum Beispiel das Interview mit Christine Lagarde, der ehemaligen französischen Finanzministerin und jetzigen Chefin des Internationalen Währungsfonds, in der Financial Times vom 16. März 2010.

² Vgl. auch Boysen-Hogrefe und Groll (2010) für eine empirische Analyse oder Gartner und Merkl (2011) für einen Vergleich zwischen erster Ölpreiskrise und großer Rezession.

betonen, dass die Analyse in Boysen-Hogrefe et al. (2010) auf einer geschlossenen Volkswirtschaft basiert, d.h. sie kommt nicht durch »Beggar My Neighbor« Effekte zustande. Stattdessen schaffen niedrigere aggregierte Löhne (im Verhältnis zur Produktivität) einen Anreiz für Firmen, auch Bewerber mit niedrigerer Produktivität einzustellen (bzw. nicht zu entlassen). Dadurch steigen die Beschäftigung und die Produktion.

Burda und Hunt (2011) argumentieren außerdem, dass in der Rezession 2008/09 eine Sondersituation vorlag. Unternehmen hatten im Aufschwung der Jahre 2005–2007 die Wirtschaftslage zu pessimistisch eingeschätzt und folglich zu wenig neue Arbeitnehmer eingestellt. Folglich mussten sie in der großen Rezession weniger Arbeitnehmer entlassen. Natürlich ergibt sich dabei die Frage, inwiefern dies auf einer Unterschätzung der Effekte der Lohnmoderation basiert und folglich mit dem zweiten Grund zusammenhängt.

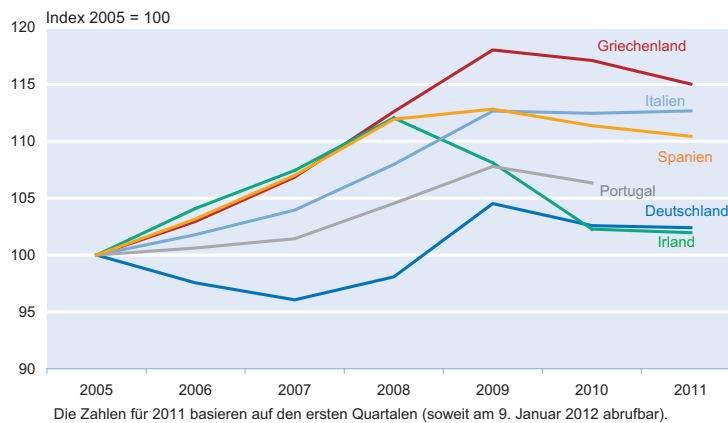
Es gibt keinen wissenschaftlichen Konsens, welche quantitative Rolle diese drei Ursachen spielten. Deswegen werden wir im vierten Abschnitt agnostisch annehmen, dass alle eine gewisse Rolle spielten.

Die Eurokrise und Lösungen

Die Eurokrise hat zumindest zwei unterschiedliche Dimensionen, welche natürlich eng miteinander verknüpft sind. Auf der einen Seite stehen die Leistungsbilanzungleichgewichte, welche durch eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Länder bedingt sind. Auf der anderen Seite stehen die hohen Staatsschulden und die damit verbundenen Refinanzierungsprobleme, bis hin zu drohenden Staatspleiten. Auch hier stehen wiederum die südeuropäischen Länder im Fokus.

Zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeiten haben südeuropäische Länder früher gerne auf nominale Abwertungen der eigenen Währung zurückgegriffen. Diese Option steht aufgrund der gemeinsamen Währung nicht mehr zur Verfügung. Im Prinzip könnte man natürlich die Währungsunion aufbrechen, aber diese Strategie wäre mit extrem hohen Kosten und hohen Unsicherheiten verbunden. Folglich raten wir stark davon ab. Alternativ wird von politischer Seite manchmal vorgeschlagen, dass Deutschland seine Löhne (im Verhältnis zur Produktivität) deutlich erhöhen sollte, wodurch die relative Wettbewerbsfähigkeit der Südländer steigen würde. Diese Strategie übersieht, dass die Lohnmoderation in Deutschland die Anreize erhöht hat, auch Arbeitnehmer mit niedrigerer Produktivität einzustel-

Abb. 1
Entwicklung der Lohnstückkosten in ausgewählten Ländern



Quelle: OECD.

len. Diese Erfolge würden zunichte gemacht werden, d.h. die Arbeitslosigkeit würde wieder steigen. Außerdem würde eine derartige Strategie inflationär wirken und damit die Europäische Zentralbank entsprechend ihres Mandates zwingen, restriktiver zu agieren. International ginge Wettbewerbsfähigkeit verloren. Im Prinzip könnte man dem durch eine Abwertung des Euro entgegenwirken. Dies würde aber erstens zu höheren Importpreisen führen und zweitens ist schwer vorherzusehen, ob der Wechselkurs des Euro sich überhaupt derartig steuern lässt. Folglich bleibt nur noch Lohnmoderation in den Südländern als mögliche Lösung. Dies ist unsere bevorzugte Strategie, die wir weiter unten näher diskutieren. Die Bewegung der Lohnstückkosten seit 2009 in den Krisenländern (vgl. Abb. 1) zeigt, dass diese Entwicklung zumindest ansatzweise bereits begonnen hat.

Zur Lösung der Schuldenkrise gibt es prinzipiell folgende Ansätze: (i) Unkonditionierte Garantien durch die EZB (Stichwort »Lender of Last Resort«), (ii) Transferunion mit weitgehender Unterstützung der südeuropäischen Länder (z.B. gesamtschuldnerische Haftung durch Eurobonds), (iii) deutlicher Schuldenschnitt in insolventen Ländern und Konsolidierung in solventen Ländern mit Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten durch die EU.

Der erste Vorschlag birgt die Gefahr höherer Inflationsraten und könnte die Konsolidierungsanreize für Südeuropa abschwächen. Der zweite Vorschlag würde zwar das Problem kurzfristig lösen, aber mittelfristig würde bei fehlenden institutionellen Reformen das Schuldenproblem von der Peripherie in das Herz Europas wandern. Folglich bleibt als beste Lösung die dritte Option, die ja auch von der EU ansatzweise eingeschlagen wurde (leider immer zu zögerlich und zu spät). Die Herausforderung wird dabei sein, die richtige Mischung aus Konsolidierung und Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten zu wählen. Außerdem ist natürlich beson-

deres Augenmerk darauf zu richten, dass nicht zu viel und zu schnell gespart wird, um einen Teufelskreis von immer tieferer Rezession und immer höherem Sparbedarf zu verhindern. Wichtig ist es, glaubhaft zu vermitteln, dass die Staatshaushalte mittelfristig konsolidiert werden. Eine Schuldenkommission (vgl. Snower, Burmeister und Seidel 2011) oder eine Schuldenbremse können hier durchaus hilfreich sein, sofern diese nicht zu rigide gehandhabt werden. Um Liquiditätsengpässe zu vermeiden dürfte eine konditionierte Intervention der EZB (z.B. bei Einhalten gewisser Konsolidierungsschritte) übergangsweise notwendig sein. Diese könnte entweder indirekt über EFSF bzw. ESM oder direkt über die Garantie eines maximalen Zinses (z.B. Leitzins plus x Prozent) auf dem Primärmarkt geschehen. Letzteres würde natürlich zumindest eine temporäre Änderung des Mandates der EZB erfordern.

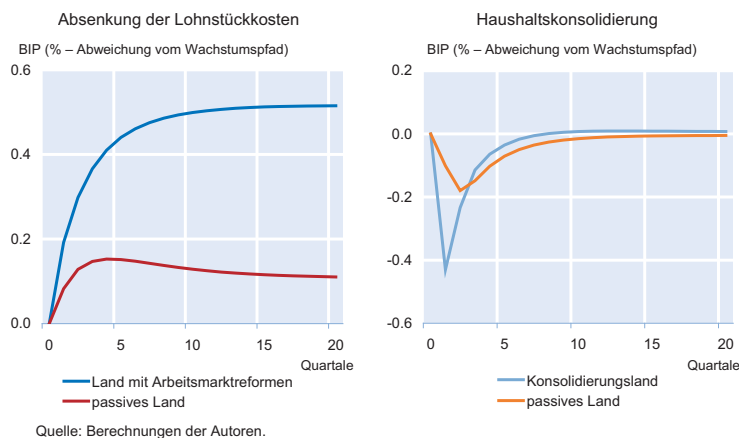
Die folgende Diskussion zu den Auswirkungen der Eurokrise auf den deutschen Arbeitsmarkt geht davon aus, dass das von uns bevorzugte Szenario durchgeführt wird. Das heißt, die südeuropäischen Länder passen die Löhne sequentiell nach unten an und reduzieren über Steuererhöhungen und Staatsausgabenkürzungen langsam die Schuldenstandsquoten. Gleichzeitig stellt die EU sicher, dass Liquiditätsengpässe vermieden werden. Wichtig ist, dass letzteres glaubwürdig und ohne weitere große Sprünge der Zinsaufschläge geschieht, um zu vermeiden, dass die südeuropäischen Staaten einer negativen sich selbst erfüllenden Prognose unterliegen.

Anpassung und Konjunkturauswirkungen für Deutschland

Um die Rückwirkungen der Eurokrise auf den deutschen Arbeitsmarkt einschätzen zu können, sind zwei Schritte notwendig. Erstens eine Beantwortung der Frage, wie sich die Haushaltskonsolidierung und die Senkung der Lohnstückkosten in Südeuropa auf die Produktion in Deutschland auswirken (in Form internationaler Übertragungseffekte) und zweitens wie diese Veränderungen vom deutschen Arbeitsmarkt absorbiert werden können (vgl. nächsten Abschnitt).

Für die erste Frage ziehen wir das dynamische stochastische allgemeine Gleichgewichtsmodell von Lechthaler, Merkl und Snower (2010) und dessen Erweiterung zu einer Währungsunion in Faia, Lechthaler und Merkl (2010) heran. Darin sind zwei gleich große Länder zu einer Währungsunion gekoppelt.³ Das Modell enthält nominale Preisrigiditäten und

Abb. 2
Reaktion der Modellökonomien auf die Politikmaßnahmen über die Zeit



modelliert das Zinsverhalten der Europäischen Zentralbank. Die zwei Länder haben einen Arbeitsmarkt mit europäischen Arbeitsmarktinstitutionen (z.B. kollektive Lohnverhandlungen und Entlassungskosten). Die unproduktivsten Arbeitnehmer finden keinen Job (bzw. werden entlassen), da sie zum gesetzten Lohn keinen Gewinn für Unternehmen generieren. Folglich gibt es Arbeitslosigkeit im Modell, die bei Konjunkturschocks kurzfristigen ineffizienten Schwankungen unterliegt. Das Modell ist in der Lage Übertragungseffekte von Arbeitsmarktreformen und fiskalischen Veränderungen abzubilden.

Modellsimulationen zeigen folgende Ergebnisse (vgl. Abb. 2):

- Eine Absenkung der Schuldenstandsquote (in Abb. 2 wird eine Absenkung um 1% des BIPs simuliert) durch eine entsprechende Kürzung der Staatsausgaben führt zu einer kurz- bis mittelfristigen Kontraktion der Produktion im Konsolidierungsland und folglich zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Das passive Nachbarland wird durch eine Reduktion der Exporte in Mitleidenschaft gezogen; allerdings im geringeren Ausmaß als im Konsolidierungsland.
- Lohnsenkungen (z.B. initiiert durch Arbeitsmarktreformen) geben einen Anreiz für Firmen, auch Arbeitnehmer mit niedrigerer Produktivität einzustellen (in Abb. 2 wird eine Absenkung der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer um 1% simuliert). Damit impliziert ist in den Südländern natürlich ein Verteilungsproblem, denn diese Maßnahme führt zu relativ höherem Profiteinkommen und niedrigerem Arbeitseinkommen. Interessanterweise sind die Übertragungseffekte auf Nachbarländer eher klein und

³ Natürlich ist die Zweiländerdarstellung eine Vereinfachung. Aber es ist durchaus nicht unplausibel anzunehmen, dass ein Teil der Euroländer (insbesondere in Südeuropa) die genannten Reformen durchführen wird, während ein anderer großer Block (z.B. Deutschland, die Niederlande oder Österreich) passiv bleiben wird.

im Modell sogar positiv. Warum? Die Ausweitung des Produktionspotentials führt zu einer Stimulation der Nachbarökonomie, da sowohl Exporte als auch Importe steigen. Außerdem wird durch die Reformen der Inflationsdruck reduziert und damit der Spielraum der Zentralbank erhöht.

Gerade der zweite Punkt widerspricht der Ansicht von vielen politischen Entscheidungsträgern. Das Ergebnis stimmt allerdings mit der Analyse in Felbermayr, Larch und Lechthaler (2009; 2010) überein, welche sowohl theoretisch als auch empirisch zeigt, dass Lohnmoderation in einem Land auch die Arbeitslosigkeit von Handelspartnerländern reduziert. Deren Analyse findet jedoch in einem statischen Außenhandelsmodell statt und bildet daher nicht die entstehenden Anpassungsprozesse ab. Ähnliche Ergebnisse finden sich auch in einer Vielzahl anderer Studien (vgl. z.B. Stähler und Thomas 2012).

Als erstes Zwischenergebnis ist also festzuhalten, dass ein modernes Makromodell zwar zum Teil negative Übertragungseffekte aus Südeuropa vorhersagt, dass diese aber moderat sein dürften, selbst wenn die kontraktiven Effekte über die Budgetkonsolidierung dominieren. Die rezessiven Effekte in Südeuropa werden dagegen wesentlich größer sein (initiiert durch die Haushaltskonsolidierung).

Reaktion des deutschen Arbeitsmarktes

Wie wird der deutsche Arbeitsmarkt ggf. auf moderate rezessive Schocks reagieren? Die deutschen Lohnstückkosten entwickeln sich weiterhin moderat (vgl. dazu Abb. 1), aber der große Anpassungstrend nach unten (in Folge der hohen Arbeitslosigkeit und der Hartz-Reformen) dürfte beendet sein. Folglich gibt es anders als in der letzten großen Rezession keine Anpassung von einem niedrigerem auf ein höheres Beschäftigungslevel. Deswegen sind geringere stabilisierende Wirkungen von dieser Seite zu erwarten. Die internen Flexibilitätsinstrumente (Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit) sind weiterhin vorhanden, aber auch mit gewissen Einschränkungen. Die angehäuften Stunden auf den Arbeitszeitkonten dürften weitaus geringer sein, als vor der großen Rezession. Außerdem ist der Handlungsspielraum der Bundesregierung hinsichtlich großer Interventionen gesunken.

Burda und Hunt (2011) kommen auf Basis einer ökonometrischen Schätzung zum Ergebnis, dass die falschen Erwartungen im vorhergegangenen Aufschwung der wichtigste Grund und die Lohnmoderation der zweitwichtigste Grund für den fehlenden Rückgang der Beschäftigung in der 2008/09-Rezession sind. Dies impliziert, dass die Absorptionfähigkeit des deutschen Arbeitsmarktes jetzt geringer ist (da die falschen Erwartungen wegfallen und die Lohnmo-

deration eine geringere Wirkung hat). Allerdings wäre in dem von uns skizzierten Szenario der potentielle rezessive Schock auch geringer als in der großen Rezession. Alles in allem dürfte der deutsche Arbeitsmarkt also gut in der Lage sein, kleinere aggregierte Schocks zu absorbieren, ohne große Beschäftigungsverluste zu verzeichnen.

Zusammenfassung

Unser Beitrag spielte ein Szenario durch, bei dem die politischen Entscheidungsträger in der Lage sind, eine glaubwürdige Haushaltskonsolidierung in Südeuropa bei gleichzeitiger Reduktion der Leistungsbilanzdefizite durch Lohnsenkungen durchzuführen. Wichtig ist, dass wir annehmen, dass die EU bzw. die EZB Liquiditätsschwierigkeiten abfedert, um eine Spirale nach unten zu vermeiden.

Für dieses Szenario erwarten wir auf Basis unserer Modellsimulation schlimmstenfalls moderate rezessive Schocks für Deutschland, die nicht mit der großen Rezession vergleichbar sind. Der deutsche Arbeitsmarkt verfügt weiterhin über gewisse Voraussetzungen, um einen sanften Abschwung zu absorbieren. Allerdings könnte es durchaus zu einem moderaten Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen.

Literatur

- Balleer, A., B. Gehrke, W. Lechthaler und C. Merkl (2011), »Short-Time Work and the Macroeconomy«, mimeo, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boeri, T. und H. Brücker (2011), »Short-Time Work Benefits Revisited: Some Lessons from the Great Recession«, *Economic Policy* 68, 697–765.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, W. Lechthaler und C. Merkl (2010), »The Role of Labor Market Institutions in the Great Recession«, *Applied Economics Quarterly* 61, 65–81.
- Boysen-Hogrefe, J. und D. Groll (2010), »The German Labour Market Miracle«, *National Institute Economic Review* 214, R38–R50.
- Burda, M. und J. Hunt (2011), »What Explains the German Labor Market Miracle in the Great Recession?«, *Brooking Papers on Economic Activity* 1, 273–335.
- Faia, E., W. Lechthaler und C. Merkl (2010), »Fiscal Multipliers and the Labour Market in the Open Economy«, IZA Discussion Papers No. 4849.
- Felbermayr, G., M. Larch und W. Lechthaler (2009), »Unemployment in an Interdependent World«, Kiel Working Paper 1540.
- Felbermayr, G., M. Larch und W. Lechthaler (2010), »The beneficial international spillovers of labour market reforms«, *VoxEU*, 1. Mai.
- Gartner, H. und C. Merkl (2011), »The Roots of the German Miracle«, *VoxEU*, 9. März.
- Lechthaler, W., C. Merkl und D. Snower (2010), »Monetary Persistence and the Labor Market: A New Perspective«, *Journal of Economic Dynamics and Control* 34(5), 968–983.
- Möller, J. (2010), »The German Labor Market Response in the World Recession: De-Mystifying a Miracle«, *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 42(4), 325–336.
- Snower D., J. Burmeister und M. Seidel (2011), »Dealing with the Eurozone Debt Crisis: A Proposal for Reform«, *Kiel Policy Brief* 33.
- Stähler, N. und C. Thomas (2012), »FiMod – A DSGE Model for Fiscal Policy Simulations«, *Economic Modelling*, forthcoming.